Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2364**

16. Wahlperiode 04. 08. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Könighaus, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/586 –

Den Südsudan beim Wiederaufbau unterstützen und vor AIDS bewahren

A. Problem

Aktuelle Lage im Südsudan.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/586 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2006

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichterstatter

Gabriele Groneberg
Berichterstatterin

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Gabriele Groneberg, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Ute Koczy

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/586** in seiner 25. Sitzung am 16. März 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 29. Juni 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die antragstellende **Fraktion der FDP** führte aus, dass im Sudan seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags vor gut einem Jahr Bürgerkriegsflüchtlinge und ehemalige Kombattanten zu ihren Familien und Angehörigen in den Süden des Landes zurückströmten. Dadurch entstünden viele Probleme, deren Lösung das Land – trotz ermutigender Anfänge – überfordere. Der Sudan müsse deshalb unterstützt werden. Es sei insbesondere erforderlich, sich am Multi Donor Trust Fund für den Südsudan zu beteiligen, in diesem Rahmen verstärkt auf die Aids-Prävention hinzuwirken und sich für die Einrichtung einer internationalen Vermittlungsstelle, die auf die Einhaltung des Friedensvertrages achte, einzusetzen. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Problemen sei kürzlich im Südsudan die Cholera ausgebrochen. Da sich die südsudanesische Bevölkerung mit großer Wahrscheinlichkeit nach Ablauf von fünf Jahren beim vereinbarten Referendum für die Unabhängigkeit des Südsudan aussprechen werde, sei es umso wichtiger, frühzeitig den Südsudan in seiner Wiederaufbauphase zu unterstützen und die Zusammenarbeit zu verstärken.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** entgegneten, die ersten beiden Forderungen des Antrags seien bereits erfüllt. Deutschland beteilige sich bereits am Multi Donor Trust Fund und habe zudem die in der vergangenen Wahlperiode gefassten Beschlüsse des Ausschusses und des Deutschen Bundestages zur HIV/Aids-Bekämpfung umgesetzt und den Ausschuss mehrfach darüber unterrichtet. Der vorliegende Antrag nehme nur auf einen Teil des Sudan Bezug und werde damit den Notwendigkeiten nicht gerecht. Erforderlich sei es vielmehr, die Situation in ganz Sudan zu berücksichtigen und sich in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses mit der Lage im Sudan zu befassen, zu prüfen, wo noch Handlungsbedarf besteht und gegebenenfalls einen interfraktionellen Antrag ins Auge zu fassen. Da zurzeit im Südsudan ein Stimmungsumschwung zu beobachten sei, könne der Ausgang des Referendums nicht vorhergesagt werden. Es stelle sich deshalb die Frage, ob es angebracht sei, sich in einem Antrag nur auf einen Teil des Sudan zu beziehen. Die Forderung nach Einrichtung einer internationalen Vermittlungsstelle hingegen sprenge den Rahmen des vorliegenden Antrags und müsse in einem anderen Zusammenhang diskutiert werden. Der Antrag sei deshalb abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, sie trage die Ziele des Antrags, die Bekämpfung von HIV/Aids und die Unterstützung der Wiederaufbaumaßnahmen im Südsudan, mit. Gleichwohl könne sie nicht zustimmen, da die Situation im Sudan insgesamt betrachtet werden müsse. Wichtige Aspekte der Lage im Sudan würden im September dieses Jahres im Rahmen einer Anhörung zum Thema „Rohstoffökonomien – Auswirkungen auf Entwicklungsländer“ zur Sprache kommen und erst danach berücksichtigt werden können. Ein Schwachpunkt des vorliegenden Antrags sei auch, dass er zur Frage, wie in ganz Sudan ein umfassender Friedensvertrag und eine dauerhafte Lösung erreicht werden könne, nicht Stellung nimmt. Sie werde sich daher der Stimme enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkt an, der Antrag sei zwar gut gemeint und enthalte Punkte, denen man zustimmen könne, werde jedoch der Situation im Sudan nicht gerecht. In ganz Sudan sei eine Friedenslösung erforderlich, damit mit strukturellen Wiederaufbaumaßnahmen begonnen werden könne. Sie hoffe deshalb, dass so bald wie möglich ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen erarbeitet werden könne, der der aktuellen Lage gerecht werde. Hinsichtlich des vorliegenden Antrags werde sie sich der Stimme enthalten.

Die **Bundesregierung** teilte mit, für den Multi Donor Trust Fund für den Südsudan seien bereits 10 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden. Darüber hinaus engagiere sich die Bundesregierung in den Bereichen Wasser und Good Governance und wirke bei der Prävention von HIV/Aids im Südsudan mit. Sie wies darauf hin, mit der regelmäßig tagenden Assessment- and Evaluations-Commission gebe es bereits eine Stelle, die auf die Einhaltung des Friedensvertrages achte und strittige Fragen zu klären helfe.

Berlin, den 28. Juni 2006

Hartwig Fischer (Göttingen) Berichterstatter	**Gabriele Groneberg** Berichterstatterin	**Dr. Karl Addicks** Berichterstatter
Hüseyin-Kenan Aydin Berichterstatter	**Ute Koczy** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333